

# WIR SIND DIE ZUKUNFT



\*\*\*\*\*

**NEWSLETTER Nr. 11/2019 "Wir sind die Zukunft"**  
für die Aktiven in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit  
[www.wir-sind-die-zukunft.net](http://www.wir-sind-die-zukunft.net)

\*\*\*\*\*

## **INHALT**

- **Infos aus dem KJHA vom 21.11.2019**
- **Infos aus dem KJHA vom 03.12.2019**
- **Vorstellung der Fachstelle GIBS**
- **Jugendpolitische Forderungen des KJR München-Stadt**
- **Videoprojekt zur Jugend im öffentlichen Raum**
- **Weihnachtsfilmspecial 2019**
- **Veranstaltungstipps**
- **Veranstaltungsplanung 2020**
- **Die nächste Ausgabe**
- **Impressum und Datenschutz**

\*\*\*\*\*

## **INFOS AUS DEM KJHA VOM 21.11.2019**

**Gemeinsame Sitzung von Kinder- und Jugendhilfe- und Sozialausschuss**

**Maßnahmen des Sozialreferats für den 2. Aktionsplan**

Kerstin Günter dankte dem Stadtrat und der Verwaltung für die Entwicklung der vielfältigen Maßnahmen zur weiteren Verfolgung des Ausbaus der inklusiven Angebote und die Bereitstellung der finanziellen Mittel. Dabei erwähnte sie insbesondere, dass Inklusion ein Menschenrecht ist, dessen Einhaltung mehr benötigt als die Umsetzung von Leuchtturmprojekten.

Schule: Jeder Versuch, jedes Modellprojekt ist sinnvoll, jedoch dauert es viel zu lange, um flächendeckend Inklusion zu ermöglichen. Schule ist DIE Sozialisierungsinstanz und Möglichkeit, Inklusion zu leben. Von daher geht hier Zeit verloren.

Sie hob insbesondere die Maßnahmen für Mädchen und junge Frauen hervor, die Bedeutung der Gewaltpräventionsangebote, der Inklusionstaxis, den Ausbau der inklusiven Ferienangebote. Assistenz ausreichend zu haben ist Dreh- und Angelpunkt für eine gelingende Inklusion. Sie ist flexibel an die individuellen Bedürfnisse anzupassen. Kinder können nur mit Hilfe von Assistenz lernen, selbstbestimmt zu leben. Eltern suchen bisweilen verzweifelt nach jemandem, der ihr Kind begleiten kann (damit es nicht immer nur die Eltern sind, die das Kind unterstützen ...). Assistenz ist natürlich auch für Erwachsene wichtig. Die Freizeitassistenz mit ihrer großen Wirkung für die Möglichkeiten der selbstbestimmten Teilhabe für Kinder und Erwachsene müsse unbedingt weiter ausgebaut werden. Frau Günter hob die Bedeutung der Aufklärung bei Cybergrooming und Sexting hervor: Hier bestünde ein sehr großer Handlungsbedarf.

Oswald Utz (Grüne) schloss sich diesem Dank an, er wies auf die Herausforderungen hin das Thema Inklusionstaxis auf den Weg zu bringen.

### **Bürgeroffensive, Weiterentwicklung der Sozialbürgerhäuser**

Die Fraktionen begrüßten die Darstellung der Verbesserung der Eingangssituationen und der Qualifizierung der Sicherheitsdienste. Die Fraktion der Grünen erinnerte an einen Beschluss zur Aufstockung des Personals gemäß der Bevölkerungsentwicklung. Die Fraktion der SPD verwies auf einen bereits heute sehr guten Personalschlüssel zur Versorgung.

### **Organisationsentwicklung im Sozialreferat**

Das Sozialreferat legte in diesem Zusammenhang unter anderem den Fortgang des Projekts der Schaffung von zwei sozialen Fachdiensten (ein Fachdienst „60plus“ und ein Fachdienst zur Weiterentwicklung der Jugendhilfe in München) dar. Die Fraktionen unterstützen das Anliegen des Sozialreferates auch in der Frage der gleichen Eingruppierung der Mitarbeitenden in der Arbeit im Kinderschutz und in der Erwachsenengefährdung.

Die Grünen legten einen Änderungsantrag dazu vor, mit dem Anliegen in 2020 eine Personalbedarfsermittlung für die BSA und die städtischen Erziehungshilfen zu beginnen und zur Vorlage eines Konzepts in welchem Zeitraum ein Personalbemessungsverfahren durchlaufen werden kann. Dieser Antrag fand keine Zustimmung.

### **Soziale Infrastruktur**

Es wurden weitere Mehrbedarfe bestehender Angebote freier Träger beschlossen: zur Sicherung der drei Münchner Familienbildungsstätten, der Psychologischen Beratungsstelle der kath. Jugendfürsorge, der Beratungsangebote im LGBTI-Bereich und von Amyna: Die Sozialreferentin dazu führte aus, dass Amyna dringend auf der Suche nach größeren Räumlichkeiten ist, die gefundenen Räumlichkeiten den qm-Bedarf übersteigen, daher eine Untervermietung eines Teils der Räumlichkeiten im Gespräch ist.

## **Kinder- und Jugendhilfeausschuss**

### **Planung von anspruchsgesicherten Leistungen; Abrechnungsverfahren und Erstattung von IseF-Leistungen**

Die Finanzierung der Insoweit erfahrenen Fachkraft (IseF) nach §8a/8a SGB VIII in den Erziehungsberatungsstellen wurde final geklärt. Die Beschlussvorlage wurde von den Vertretungen der Wohlfahrtsverbände begrüßt.

In den ersten Jahren der Umsetzung der Fachberatungsleistung war die Nachfrage eher noch zögerlich. Inzwischen hat sich diese Beratung in Fällen möglicher Kindeswohlgefährdung durch die IseF, die gesetzlich im §8a/b SGB VIII beschrieben ist, etabliert. Die Anzahl der Fachberatungen steigen stetig.

Die frühzeitige Inanspruchnahme der Beratung stellt einen wichtigen Aspekt in der Beratungsarbeit dar. In einer großen Anzahl an Beratungen werden mit der Fachberatung Fachkräfte unterstützt, deren Fälle noch im Vorfeld von Kindeswohlgefährdung liegen, es aber einen Handlungsbedarf gibt, der eine Kindeswohlgefährdung abwenden kann und frühzeitig Kinder und Jugendliche schützen und deren Entwicklung positiv beeinflussen kann. Diese Qualität der Beratung bestätigen und schätzen viele Ratsuchende.

Auch die Erziehungsberatungsstellen profitieren von der Tätigkeit der Fachberatung. Durch die IseF-Fachberatung entstanden und entstehen fachliche Vernetzungen, die z.B. Weitervermittlung von Familien in die Beratungsstellen oder die Zusammenarbeit von verschiedenen Hilfeangeboten in der Jugendhilfe mit der Erziehungsberatungsstelle erleichtern und intensivieren.

Die Informations- und Fortbildungsveranstaltungen zum §8a/8b SGB VIII durch die Insoweit erfahrenen Fachkräfte verstärken diese Synergieeffekte zusätzlich.

In den letzten Jahren sind in enger Abstimmung und Kooperation von öffentlichem Träger und den freien Trägern fachliche Standards kontinuierlich weiterentwickelt worden.

Die Umsetzung der im §8a beschriebenen Insoweit erfahrener Fachkraft ist in München gut gelungen. Mit dem Beschluss vom 21.11. kann die gute fachliche Weiterentwicklung in der Umsetzung der IseF in München in der Zusammenarbeit von freien Trägern und dem Stadtjugendamt stabil und mit Planungssicherheit der freien Träger fortgeführt und weiterentwickelt werden.

### **Nicht aufgerufene Tagesordnungspunkte:**

- Förderung freier Träger der Wohlfahrtspflege
- Kostenerstattungsansprüche gegen den überörtlichen Kostenträger Bezirk Oberbayern

*zusammengestellt von Saskia Adlon, Münchner Trichter*

\*\*\*\*\*

## **INFOS AUS DEM KJHA VOM 03.12.2019**

### **Gemeinsame Sitzung von Sozialausschuss und Kinder- und Jugendhilfeausschuss**

### **Gesamtplan zur Integration von Flüchtlingen: Abschlussbericht und Perspektiven**

Die Vertreterin des Sozialreferates hat den Abschlussbericht des Gesamtplans vorgestellt. Im Projektzeitraum wurden die Aktivitäten der LH München zur Integration in fünf Handlungsfelder und das Thema Bürgerschaftliches Engagement gebündelt. Dabei galt die Prämisse, dass alle Menschen, die in München angekommen sind vom ersten Tag an Bürger und Bürgerinnen dieser Stadt sind und die Bemühungen um Integration von Anfang an und unabhängig vom Bleibestatus sofort einsetzen. Zentrale Punkte sind hierbei insbesondere der Spracherwerb, um den Geflüchteten Perspektiven eröffnen zu können. Durch die Koordinierung im Gesamtplan ist eine bessere Vernetzung innerhalb der Verwaltung und der Angebote entstanden. Demnächst soll die Internetplattform bzw. App INTEGRATE in sieben Sprachen online gehen und einen zentralen Überblick über alle Hilfe- und Integrationsangebote vermitteln. Auch nach dem Projektzeitraum sollen die Bemühungen fortgesetzt werden. Die LH München schließt sich dem Netzwerk SOLIDARITY CITIES (z.B. Berlin, Leipzig, Osnabrück, Wien, Zürich, Amsterdam, Gent, Stockholm, Leeds, Mailand, Florenz, Ljubljana, Gdansk, Barcelona und Nicosia) [solidaritycities.eu](http://solidaritycities.eu) an. Der Stadtrat ruft mit dem Beschluss München als Solidarity City aus.

Bei der anschließenden Aussprache wurde der Verwaltung, den freien Trägern und den Bürgerinnen\* und Bürgern\* für ihr Engagement gedankt. Stadträtin Jutta Koller (Die Grünen) ist es ein besonderes Anliegen, dass alle Kinder unabhängig vom Aufenthaltsstatus in die Schule gehen und unterrichtet werden. Bedauerlich findet sie, dass sich das Handlungsfeld Bildung und Erziehung nur bis 15-Jährige bezieht. Ältere Jugendliche darf man hier nicht aus dem Blick verlieren. Erfreut zeigte sich Koller auch über die Angebote für geflüchtete Männer, auch sie haben in ihren Herkunftsländern und auf der Flucht Erfahrungen gemacht, die es zu bewältigen und verarbeiten gilt. Scharfe Kritik äußerte Koller an den Äußerungen des RAW und des RGU in der Beschlussvorlage. Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen, die der Freistaat und der Bund setzen, gelingt es München eine starke und solidarische Stadt zu sein.

Stadtrat Christian Müller (SPD) hebt insbesondere die Problematik hervor, dass es viel zu wenig gelänge Kinder von Geflüchteten in den regulären Kinderbetreuungseinrichtungen unterzubringen. Er habe da den dringenden Appell an das RBS zusätzliche Betreuungsplätze zuzuschalten. Für die Kinder und Familien ist dieses Angebot ein wichtiger Schritt zur Integration. Ungelöst bleibt das Thema Wohnen. Viele anerkannte Geflohene müssen weiterhin in Gemeinschaftsunterkünften wohnen. Das bleibt, so Müller, die Hauptaufgabe.

Stadträtin Alexandra Gaßmann (CSU) sprach über die Bedeutung der Bildung der Kinder und insbesondere der Bedeutung von Ausbildung, Berufsförderung und Integration auf dem Arbeitsmarkt, gerade in Berufen mit dramatischem Personalmangel, wie in der Pflege.

Gabriele Nuß (Büro der Gleichstellungsbeauftragten) bezieht sich auf die Wortmeldung von Jutta Koller und möchte ergänzend festhalten, dass die spezifischen Risiken, Erfahrungen von geflohenen Frauen viel zu wenig Beachtung finden. Ihr Hilfebedarf gerate immer wieder aus dem Fokus.

Andrea Betz (Innere Mission) bedankt sich für die Verbände und hebt die vielen freiwilligen Leistungen, die München einbringt hervor. Wichtig sei es, junge Geflüchtete für den Arbeitsmarkt zu qualifizieren. Trotz allen Bemühungen gibt es offene Punkte. Insbesondere die Versorgung bei psychischen Erkrankungen von Geflohenen, die sich noch im Verfahren befinden, ist ungeklärt. „Hier gibt es eine Versorgungslücke.“ so Betz. Franziska Messerschmidt (RBS)

bekräftigt das Ziel, Kinder in die KITAs zu bringen. Mit dem Bundesprogramm Bildungsbrücken hat man besser Erfahrungen, als mit den mobilen Angeboten in den Unterkünften. Den Weg wolle man auch weitergehen.

Die Beschlussvorlage wurde insgesamt von Sozial- und Kinder- und Jugendhilfeausschuss ohne Gegenstimmen angenommen.

### **#opentheports: München unterstützt aktiv die Seenotrettung im Mittelmeer**

Mit diesem Beschluss will sich die LH München für die Seenotrettung und für die Verbesserung der Bedingungen in Flüchtlingslagern in Griechenland engagieren. Die LH München übernimmt die Patenschaft für das Seenotrettungsschiff Ocean Viking. Mit einem Bündel an Maßnahmen (Spendenkonto, Benefizaktionen) sollen darüber hinaus Spenden für Material und Ausstattung für Flüchtlingslager in Griechenland bereitgestellt werden. Nachdem die Ankünfte auf den griechischen Inseln wieder zunehmen, herrschen erneut katastrophale Zustände in den immens überfüllten Flüchtlingslagern. Der ehemalige SPD-Stadtrat und Leiter des Griechischen Hauses Costas Gianacacos berichtet von den Zuständen vor Ort. Die Bevölkerung versuche mit einem breiten zivilgesellschaftlichen Engagement zu unterstützen. Mancherorts schlägt die Überforderung aber auch in Widerstand und feindliche Provokationen um.

Jutta Koller (Die Grünen) sieht die EU gefordert und bedauert, dass so wenige Länder aktiv werden. Griechenland ist mit der Aufgabe überfordert. Die Grünen wollen, dass München auch als Kommune mehr Verantwortung übernehmen kann. München soll im Rahmen eines humanitären Aufnahmeprogramms, aus dem Mittelmeer gerettete Menschen aufnehmen können. Deshalb haben die Grünen mehrere Änderungsanträge eingebracht, mit denen die Aktivitäten (Patenschaft, Forderungen an die Landesregierung, Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit) konkretisiert werden.

Stadtrat Cetin Oraner (Die Linke) bedankt sich für den Bericht aus Griechenland und bekräftigt die Forderung nach einer Unterstützung: „Die Griechen wurden viel zu lange alleine gelassen.“

Stadträtin Gabriele Neff (FDP) war im Rahmen eines offiziellen Besuchs des Europarats in Griechenland. Sie habe viel Elend und Leid gesehen. Die Griechen sind zwar sehr gut organisiert und machen es wirklich gut, aber die Anzahl der Geflohenen übersteigt oft die Möglichkeiten. Alleine auf Samos (6.000 Einwohner) werden aktuell 3.000 Flüchtlinge untergebracht. Sie appelliert: „Wir sollten uns solidarisch zeigen, Wir sollten auch Menschen aus Griechenland zu uns holen.“

Die SPD unterstützt das Engagement für Griechenland ebenfalls. Es gibt da eine Verbundenheit zwischen München und Griechenland. Gleichzeitig soll man nicht so tun, als ob wir die Konzepte, Lösungen und vor allem den Wohnraum hätten. Weshalb die SPD nur teilweise die Änderungsanträge der Grünen unterstützt. Beatrix Burkhardt (CSU) zeigt sich schockiert von den menschenunwürdigen Bedingungen, die aus den Berichten hervorgegangen. Die CSU unterstütze die Beschlussvorlage grundsätzlich, wenn sie auch nicht in allen Punkten mit den Änderungsantrag der Grünen mitgehen können.

Dorothee Schiwy (Sozialreferentin) ergänzte, dass eine kleine Delegation aus dem Klinikum nach Griechenland reisen wird, um die medizinische Lage zu unterstützen. Sie befürwortet die Aktivitäten der Stadt München, gibt aber zu bedenken, dass diese ganze Arbeit on the top vom Sozialreferat geleistet werden muss und deshalb ein zusätzlicher Webauftritt, wie von den Grünen gefordert, einer Personalzuschaltung im Sozialreferat bedarf.

Dem Änderungsantrag der Grünen wurde teilweise zugestimmt. Die Beschlussvorlage wurde gegen die Stimmen der Bayernpartei im Sozial- und KJHA beschlossen.

### **Haushaltsplan 2020 - Produkt- und zielorientierte Ansätze Zuschussnehmerdatei 2020, Vollzug des Haushaltsplans 2020 für den Bereich „Förderung freier Träger“ des Amtes für Wohnen und Migration**

Anja Berger (Grüne) fragte nach, wie die Mikroprojekte weitergehen sollen, wenn das Budget zu Ende geht. Die Antwort wird vom Sozialreferat nachgeliefert.

Die Beschlussvorlage wurde insgesamt ohne Gegenstimmen angenommen.

### **Anpassungen im Zuschusswesen des Sozialreferats: Überarbeitung des Mustervertrags (inkl. Anlagen) sowie geplantes weiteres Vorgehen im Rahmen der Prüfung und Anerkennung von zentralen Verwaltungskosten**

Der Änderungsantrag vom KJR wurde von Judith Greil (Vorsitzende des KJR) damit begründet, dass Punkte im Mustervertrag enthalten sind, die im Spitzengespräch eigentlich als geändert kommuniziert wurden. Positiv wurde die Veränderung der Zugangsrechte, der Absatz zum diskriminierungsfreien Handeln und die Verpflichtung zur UN Behindertenrechtskonvention erwähnt.

Elsbeth Hülsmann (Paritätischer Wohlfahrtsverband) unterstützte, dass es einen Unterschied mache, ob man von Trägern oder Zuwendungsnehmer spreche. Zudem wünschte sie eine Schulung zum Vertrag nicht nur für die freien Träger, sondern auch für die Sachbearbeiter im Sozialreferat.

Robert Pechhacker (Münchner Trichter) machte deutlich, dass es sich um Vertragspartner handelt, die gemeinsam mit dem öffentlichen Jugendhilfeträger Verantwortung und Verpflichtungen tragen. Die Träger beschäftigen zur Zeit die meist noch fehlende Refinanzierung der DSGVO-Verpflichtungen, die Debatte zur Gemeinnützigkeit und die zunehmenden Diffamierungen ihrer Arbeit aus dem rechtsextremen Spektrum. Auch die Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention wird vielerorts Baumaßnahmen und steigende Mietkosten verursachen. Die Träger werden nicht nur die Finanzierung, sondern auch die Solidarität der Stadt benötigen. Dorothee Schiwy (Sozialreferentin) erklärte, dass bezüglich des Änderungsantrags vom KJR beim Thema Überlassungsverträge kein Dissens bestehe. Bezüglich der Begrifflichkeiten werde man ohnehin von Finanzierungszeitraum und nicht von Zuwendungszeitraum sprechen. Rechtlich mache der Begriff Zuwendungsnehmer keinen Unterschied zu Träger und entspräche eher der juristischen Sprachlogik, aber es könne auch bei „Träger“ bleiben.

Der Änderungsantrag sowie die anderen Punkte der Beschlussvorlage wurden insgesamt ohne Gegenstimmen beschlossen.

**Im gemeinsamen KJHA und Sozialausschuss wurden folgende TOPs ohne Aufruf beschlossen. Top 5, 6 und 10 wurden auf Wunsch jeweils gesondert abgestimmt und jeweils gegen die Stimme der Bayernpartei im Sozial- und Kinder- und Jugendhilfeausschuss beschlossen.**

TOP 1: Haushalt 2020 des Sozialreferates

- Produktpassung - Wegfall eines Produktes
- Teilfinanz- und Teilergebnishaushalt

TOP 2: Berichtslegung zu den Stellen des Sozialreferates mit Flüchtlingsbezug

TOP 3: Entwurf des Mehrjahresinvestitionsprogramms für die Jahre 2019 - 2023, Einzelplan 4 / Sozialbereich

TOP 4: Entwurf des Mehrjahresinvestitionsprogramms 2019 – 2023, Einzelplan 4 / Jugendamtsbereich

TOP 5: Haushaltsplan 2020 - Produkt- und zielorientierte Ansätze Zuschussnehmerdatei 2020  
Vollzug des Haushaltsplanes 2020 für den Bereich „Förderung freier Träger“ des Amtes für Soziale Sicherung

TOP 6: Haushaltsplan 2020 - Produkt- und zielorientierte Ansätze Zuschussnehmerdatei 2020  
Vollzug des Haushaltsplanes 2020 für den Bereich „Förderung freier Träger“ des Sozialreferates/Gesellschaftliches Engagement/ Bürgerschaftliches Engagement (BE),  
Geschäftsleitung/Sozialplanung und Büro der Referatsleitung

TOP 9: Einrichtung und Ausschreibung eines Nachbarschaftstreffs in Freiham  
Bebauungsplan Nr. 2068 im Siedlungsschwerpunkt Freiham

TOP 10: Haushaltsplan 2020 - Produkt- und zielorientierte Ansätze Zuschussnehmerdatei 2020

Vollzug des Haushaltsplanes 2020 für den Bereich „Förderung freier Träger“ des Stadtjugendamtes

**Im KJHA vom 03.12.2019 wurden folgende TOPs ohne Aufruf beschlossen.**

TOP 1: Elternbefragung 2019 in Kindertageseinrichtungen in Trägerschaft des Städtischen Trägers im Referat für Bildung und Sport, Geschäftsbereich RBS-KITA

TOP 2: Elternbefragung 2019 in den städtischen Tagesheimen und den städtischen Heilpädagogischen Tagesstätten

TOP 3: Mehrjahresinvestitionsprogramm (MIP) 2019 - 2023

1. Investitionsmaßnahmen für Schulen, Kindertageseinrichtungen und Sportanlagen

2. Stellungnahmen der Bezirksausschüsse

TOP 4: Wissenschaftliche Begleitung - Kooperative Ganztagsbildung

Geplante Beauftragung des Deutschen Jugendinstituts

Befassung des Stadtrats gemäß § 22 Nr. 3a der Geschäftsordnung des Stadtrats der Landeshauptstadt München

*Zusammengestellt von Robert Pechhacker und Elisabeth Hagl, Münchner Trichter*

\*\*\*\*\*

## VORSTELLUNG DER FACHSTELLE GIBS

Die Fachstelle für Querschnittsaufgaben **GIBS** (**G**ender, **I**nterkult, **I**nklusion von Menschen mit **B**ehinderung und **S**exuelle und geschlechtliche Identität) ist als Stabsstelle (mit insgesamt 4,25 Vollzeitstellen) organisatorisch direkt an die Jugendamtsleitung angebunden. Sie trägt dafür Sorge, dass alle Mitarbeiter\*innen und die Trägerlandschaft für die Belange aller Mädchen und jungen Frauen, Jungen und jungen Männer, jungen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, mit und ohne Behinderung, lesbischen, schwulen, queer, trans\* und inter Kinder und Jugendlichen sowie deren Familienangehörigen sensibilisiert werden und deren Themen und Bedürfnisse Berücksichtigung und Unterstützung finden.

Durch die verbindliche Implementierung aller Querschnittsthemen in der Kinder- und Jugendhilfe und eine gute Verknüpfung der Strategien zur Umsetzung der Querschnittsaufgaben in allen Abteilungen des Stadtjugendamtes sollen die notwendigen Strukturen so gestalten werden, dass die Angebote des Stadtjugendamtes für alle Kinder, Jugendliche und deren Familien erreichbar, erkennbar und nutzbar sind und niemand ausgeschlossen wird.

Mit der regelmäßigen Teilnahme an amtsinternen, referatsweiten und stadtweiten Gremien sowie Kooperationen mit den jeweiligen Fachszenen (Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsgremium, Fachforum Mädchenarbeit, Netzwerk Jungenarbeit München, Kooperation Mädchen- und Jungenarbeit, etc.) gewährleistet GIBS die stadtweite Vernetzung sowie die erfolgreiche Verankerung, Weiterentwicklung und Verzahnung der Querschnittsaufgaben. Dies geschieht auch durch das Sichtbarmachen des (Handlungs-)Bedarfs in der Öffentlichkeit durch

- Fachtage, z.B. „Potenziale von Jungen\* nutzen“ am 19.11.19 oder „Sucht und Gender – Aufwachsen in Zeiten der Veränderung“ von 04. bis 05. März 2020 an der KSH München
- die inhaltliche Verantwortung und Ausgestaltung von Kampagnen wie z.B. der Kampagne „Nein heißt Nein – mehr Sicherheit im Münchner Nachtleben“
- die Beantwortung von Stadtratsanträgen und die Mitarbeit am „Gesamtplan zur Integration von Flüchtlingen in München“, am „2. Aktionsplan zur Umsetzung der UN-BRK“ oder die Erarbeitung von Maßnahmen zur „EU-Charta zur Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“

Kontakt: GIBS, Prielmayerstraße 1, E-Mail: [gibs.soz@muenchen.de](mailto:gibs.soz@muenchen.de)

\*\*\*\*\*

## JUGENDPOLITISCHE FORDERUNGEN DES KJR

Die Jugendpolitischen Forderungen haben Tradition beim KJR, sie sind die Messlatte, an der sich Kommunalpolitikerinnen und -politiker in der neuen Legislaturperiode messen lassen müssen. Die Jugendpolitischen Forderungen für die Kommunalwahl 2020 sind in einem breiten Beteiligungsprozess entstanden. Neun Themenbereiche haben sich herauskristallisiert und sie beinhalten zahlreiche konkrete Forderungen der jungen Menschen in München. Woh-



nen, soziale Gerechtigkeit, Inklusion und Mobilität sind nur einige Beispiele. Die Jugendpolitischen Forderungen gibt es als Download unter [www.kjr-m.de/publikationen](http://www.kjr-m.de/publikationen)

\*\*\*\*\*

## VIDEOPROJEKT ZUR JUGEND IM ÖFFENTLICHEN RAUM

Im Rahmen des Videoprojekts „Schieflagen“ beschäftigen sich die Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik e.V. / Die Pastinaken und die Petra-Kelly-Stiftung mit problematischen Situationen und Prozessen in München und Bayern.

Nachdem im letzten Video der private Raum im Fokus stand, geht es jetzt um den öffentlichen Raum. Und hier insbesondere um die Situation Jugendlicher und junger Erwachsener, welche Aufgrund ihrer geringen politischen und ökonomischen Ressourcen in einer konsumorientierten Stadtgesellschaft oft das Nachsehen bei den Verteilungskämpfen um öffentlichen Raum haben.

In einem kurzen, informativen Video, kommen Jugendliche aus verschiedenen Jugendzentren, als auch die engagierten Mitarbeitenden des Allparteilichen Konfliktmanagements München, kurz AKIM, zu Wort und erzählen von ihren Erlebnissen und Problemen, welche sie im öffentlichen Raum erfahren. Wir hoffen so einen leicht zugänglichen, praxisnahen Beitrag zur aktuellen Debatte um den öffentlichen Raum und die Teilhabe von Jugendlichen und jungen Erwachsenen leisten zu können.

Link zum Video: <https://www.youtube.com/watch?v=krxAXUSQILo>

*Carmen Romano (PKS) & Alexander von Wedel (AGFP)*

\*\*\*\*\*

## WEIHNACHTSFILMSPECIAL 2019

Alle Jahre wieder - Weihnachten rückt näher! Zur Einstimmung auf diese besondere Jahreszeit gibt es ein Weihnachtsfilmspecial der Landesmediendienste Bayern. Viele schöne Filme für Kinder, Familien und Senioren: bekannte Weihnachtsklassiker, (Kinder-)Buchverfilmungen, faszinierende Naturdokumentationen und unterhaltsame Spielfilme.

Link zum PDF: <http://www.mediendienste.info>

\*\*\*\*\*

## VERANSTALTUNGSTIPPS

Was: Fachtag **Was geht?! Jugend braucht Raum!**  
Wann: 27.01.2020, 09:15 - 16:30 Uhr  
Wo: Feierwerk München, Hansastr. 39-41  
Anmeldung: [anmeldung@regsam.net](mailto:anmeldung@regsam.net) (mit Institution und Funktion)

Was: Fortbildung „Love-Storm: Gemeinsam gegen Hass und Cyber-Mobbing im Netz“  
Wann: 30.01.2020, 09:30 - 17:00 Uhr  
Wo: Aktion Jugendschutz, Dom-Pedro-Straße 17  
Kosten: 145 €  
Anmeldung: [www.bayern.jugendschutz.de](http://www.bayern.jugendschutz.de)

Was: Fortbildung „Pornografiekonsum Jugendlicher“  
Wann: 13.02.2020, 10:00 - 17:00 Uhr  
Wo: Aktion Jugendschutz, Dom-Pedro-Straße 17  
Kosten: 50 € inkl. Verpflegung  
Anmeldung: [www.bayern.jugendschutz.de](http://www.bayern.jugendschutz.de)

\*\*\*\*\*

## VERANSTALTUNGSPLANUNG 2020

Infos i.d.R. 4 Wochen vor der Veranstaltung auf der angegebenen Homepage

Wann	Was	Wer	Infos/Anmeldung
10.02.2020	Jugendhilfe gegen Rechts	Versch. Kooperationspartner	
26.03.2020	Vorstellung der Shell-Jugendstudie	KJR München-Stadt	

\*\*\*\*\*

## DIE NÄCHSTE AUSGABE ERSCHEINT AM 23.01.2020

- Bericht vom KJHA am 16.01.2020

\*\*\*\*\*

## IMPRESSUM

### Das Redaktionsteam

Angelika Baumgart-Jena, Leitung Öffentlichkeitsarbeit KJR München-Stadt; Dr. Manuela Sauer, KJR München-Stadt, Ulrike Steinforth, Planungsbeauftragte des Münchner Trichters; Heike Bloom, Fachforum Freizeitstätten

### Verantwortlich für die Inhalte:

Angelika Baumgart-Jena, Öffentlichkeitsarbeit, KJR München-Stadt

Herausgeber: Kreisjugendring München-Stadt, Paul-Heyse-Str. 22, 80336 München. Der KJR München-Stadt übernimmt keine Verantwortung für die Richtigkeit der Angaben oder für die Inhalte der verlinkten Seiten. Auf den Inhalt verlinkter Seiten haben wir keinen Einfluss.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

### **Datenschutz**

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich in unserem Verteiler angemeldet haben (DSGVO Art 6, Abs. 1.). Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, schicken Sie bitte eine E-Mail mit dem Betreff **Abmelden** an die Versandadresse zurück.